

Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 09. Dezember 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-33-0128

**Integrationsplan des Landes
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 03.12.2014 -**

Nach Zeitungsberichten plant das Hessische Ministerium für Soziales und Integration in den kommenden Jahren die Erarbeitung eines „Integrationsplans“ für Hessen. Bei der Erarbeitung sollen unter anderem die Kommunen beteiligt werden und es soll eine so genannte „Integrationskonferenz“ geben, welche sich bereits im Frühjahr 2015 konstituieren soll.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten sich bei der Erarbeitung des hessischen Integrationsplans einzubringen und dabei die Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden zu artikulieren. Sollte eine direkte Beteiligung oder eine Teilnahme an der Integrationskonferenz des Landes nicht möglich sein, wird der Magistrat gebeten die Wiesbadener Interessen über die kommunalen Spitzenverbände in den hessischen Integrationsplan einzubringen.
2. Nach Veröffentlichung des hessischen Integrationsplans wird der Magistrat gebeten, dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration über den Plan und mögliche Auswirkungen für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu berichten.

Beschluss Nr. 0094

Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 03.12.2014 betr.

Integrationsplan des Landes

wird angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2014

Apel
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2014

Dezernat V
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister